

Sowjetängste

Angriffe aus kommunistischen Staaten auf den Papst sind unter dem Pontifikat Johannes Pauls II. mehr oder weniger zur Gewohnheit geworden. Aus den letzten Wochen sind allerdings Vorgänge von einiger Einmaligkeit zu verzeichnen. Sie sind um so auffällender, als es sich dabei um durchaus ungleiche Absender, aber um nicht nur parallele oder gar inhaltsgleiche Vorwürfe, sondern teilweise auch um die gleiche Stoßrichtung handelt.

Zum erstenmal griff ein offizielles kommunistisches Parteiorgan *Polens* den Papst direkt an. Anfang April warf die „Polityka“, offizielles Organ des Zentralkomitees der polnischen KP, dem Papst antimarxistischen Haß und „Feindschaft gegenüber den polnischen Behörden“ vor. Dabei griff die KP-Zeitung auf verschiedene Ansprachen des Papstes zurück, in denen dieser *Solidarność* unterstützt oder sich beispielsweise gegen die Entfernung von Kreuzen in polnischen Schulen gewandt hatte. Auch das Verhalten des Papstes im Mordfall Popieluszko wurde heftig kritisiert. Die Vorwürfe gegen Johannes Paul II. gipfelten in der These, er wolle „aus Polen ein Bollwerk gegen die kommunistische Woge aus dem Osten machen“.

Um gleichsam zu verdeutlichen, weswegen solche Angriffe notwendig seien und wer ein ureigenes Interesse daran hat, erklärte die sowjetische Nachrichtenagentur „Tass“, die Vorwürfe der *Polityka* seien „wohl begründet“, und das Parteiorgan „Trybuna Ludu“ stieß wenige Tage später mit einer scharfen Kritik am „antikommunistischen Geist“ der Instruktion der Glaubenskongregation über die Befreiungstheologie nach und bedauerte, daß im Gegensatz zu der unter den Pontifikaten Johannes' XXIII. und Pauls VI. mühsam erarbeiteten Dialogposition im Vatikan nun wieder eine Atmosphäre antikommunistischer Verbissenheit herrsche.

Fast zur gleichen Zeit gab der Außenamtsleiter des Moskauer Patriarchats, Metropolit Filaret, der italienischen KP-Zeitung „Unità“ ein Interview, in dem ebenfalls die Instruktion der Glaubenskongregation aufs Korn genommen und insbesondere die Feststellung der Instruktion, die realen Lebensbedingungen in kommunistisch regierten Ländern seien „eine Schande unserer Zeit“, als „zutiefst ungerecht“ zurückgewiesen wurde. Auch Filaret machte eine fast wortgleiche Bemerkung zum Unterschied zwischen der Zeit Johannes' XXIII. bzw. Pauls VI. und dem gegenwärtigen Pontifikat. Unter den früheren Päpsten hätten sich die Beziehungen zwischen den beiden Kirchen in einer Atmosphäre gegenseitigen Verständnisses und der Zusammenarbeit entwickelt. Unter dem gegenwärtigen Papst würden die ökumenischen Beziehungen u. a. dadurch gestört, daß die katholische Kirche bei der Suche nach der Einheit mit den Orthodoxen die katholischen (sog. unierten) Ostkirchen „als Mittel“ einsetze.

Könnte man den Hinweis auf die Instruktion der Glaubenskongregation als einem russisch-orthodoxen Bischof auferlegte sowjetische Pflichtübung ansehen, an dem lediglich die Parallele zum Angriff aus Polen auffällt, so ist der Hinweis auf die katholischen Ostkirchen interessanter. Er ist vermutlich nicht ohne Zusammenhang mit den aktuellen Vorgängen um die verbotene, aber im Untergrund sehr aktive ukrainisch-katholische Kirche. Und man geht wohl auch nicht fehl mit der Vermutung, aus sowjetischer Sicht bestehe ein Zusammenhang zwischen dem Erstarken der ukrainisch-katholischen Kirche und Beunruhigungen, die nach wie vor für die Sowjets von Polen ausgehen. Traut man den über die *Samisdat*-Schrift „Chronik der katholischen Kirche in der Ukraine“ in den Westen gelangten Nachrichten und Dokumenten, so hat es im Frühjahr letzten Jahres in Form offizieller Gespräche ein Angebot an Vertreter der nichtlegalisierten ukrainisch-katholischen Kirche gegeben, sich um den Preis einer Lossage von Rom „registrieren“ zu lassen, um so als „autokephale“ katholisch-ukraini-

sche Kirche offiziell anerkannt zu werden.

Aber schon wenige Monate nach diesen ergebnislos verlaufenen Gesprächen wurde eine Verordnung des regionalen Komitees der ukrainischen KP in der transkarpatischen Region erlassen, die schärfste Maßnahmen gegen Angehörige der ukrainisch-katholischen Kirche vorsieht, u. a. „Zwangsbehandlung“ (in psychiatrischen Anstalten) von Aktivisten, Verbot von Gottesdiensten und „Liquidierung“ von Kirchen.

Obwohl eine gewisse Interessenparallelen der sowjetischen Behörden und der russisch-orthodoxen Kirche im Verhältnis zu den katholischen Ukrainern besteht, ist nicht anzunehmen, daß Filaret von sich aus und direkt auf die Ukrainer zielt. Die sowjetische Seite möchte aber offenbar ein weiteres Erstarken der katholischen ukrainischen Kirche auf jeden Fall verhindern, weil man darin eine weitere Einbruchsstelle Roms in den eigenen Herrschaftsbereich sieht. Sie zögert deshalb nicht, auch über die ökumenischen Beziehungen auf den Vatikan Druck auszuüben. Die Angst sowjetischer Behörden vor Aufweichungen im eigenen Bereich durch den Einfluß des gegenwärtigen Papstes auf die dortigen Völker scheint keine Grenzen zu kennen. un

Schlußstrich

Die „Notificatio“ der römischen Glaubenskongregation zu Leonardo Boffs Buch „Kirche: Charisma und Macht“, die das Datum vom 11. März trägt und eine Woche später veröffentlicht wurde, verdient in mehrfacher Hinsicht Beachtung. Zunächst deshalb, weil sie einen Schlußstrich unter den jüngsten „Fall Boff“ zieht, der vor allem wegen der zeitlichen Koinzidenz zwischen der Instruktion der Glaubenskongregation über einige Aspekte der Befreiungstheologie (vgl. HK, Oktober 1984, 464–475) und dem Gespräch Boffs mit Kardinal Ratzinger einiges Aufsehen erregt hatte.